

## In dieser Ausgabe

- Reform der Handwerksordnung: Deutschland braucht den modernen, dynamischen, flexiblen Handwerksmeister, S. 2
- Fritz plädiert für eine effektivere Außenwirtschaftsförderung, S. 4

# Berlin intern



## Informationsschrift des CDU-Bundestagsabgeordneten Erich G. Fritz für den Wahlkreis Dortmund

Unser Land steht am Rande der Rezession, die Arbeitslosigkeit steigt, jeden Tag melden tausende Unternehmen Konkurs an. Und was macht die Regierung? Anstatt die Probleme des Landes anzugehen, trommelt sie Regionalkonferenzen und Sonderparteitage zusammen, auf denen über Steuererhöhungen oder neue Belastungen für die Wirtschaft philosophiert wird.

IWAN steht für die Politik von Rot-Grün: Inkompetenz, Wirrarr, Ankündigung und Nichtstun. Wir dagegen setzen auf ANGELA: Arbeit, Neuanfang, Grundsätze, Entscheidungsfreude, Leistung und Aufschwung.

### Das Hartz-Konzept ist ein Flop auf der ganzen Linie

Der Arbeitsmarkt bricht auseinander. Mit knapp 4,5 Millionen Arbeitslosen wurde der höchste April-Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. Tendenz steigend. Das als Wunderwaffe angepriesene Hartz-Konzept entpuppt sich als ein Flop auf der ganzen Linie.

"Kein Nachschub für Nürnberg" hatten Bundeskanzler Schröder und Superreformer Hartz mediengerecht versprochen. Das Gegenteil ist eingetreten. Seit Jahresbeginn sind saisonbereinigt in Nürnberg 270 000 mehr Arbeitslose registriert worden - mit stetig steigender Tendenz. Dem stehen weniger als 20 000 Kunst-Jobs aus dem Hartz-Paket gegenüber, die am Markt ohne Staatssubvention keine Überlebenschance hätten. Dabei sollte allein das "Kapital für Arbeit"-Programm gut 50 000 Neueinstellungen zur Folge haben. Zudem sollten mit Hilfe der Ich-AGs jährlich bis zu 300 000 neue Jobs entstehen,

bislang sind jedoch erst 15 900 Bewilligungen bundesweit erteilt worden. Ein zusätzliches Problem der Ich-AGs besteht darin, dass sie sich mit Hilfe staatlicher Unterstützung zur Konkurrenz für ausbildende Betriebe entwickeln und auf Dauer in diesen Betrieben Arbeitsplätze vernichten werden.

### Sozial ist, was Arbeit schafft: Die Arbeitsmarkt-Reformvorschläge der CDU/CSU

Der rot-grünen Koalition ist es bisher nicht gelungen, auf die prekäre Lage auf dem Arbeitsmarkt mit Entschlusskraft zu reagieren. Die Reformvorschläge der Union für den Arbeitsmarkt sind mutiger und entschlossener:

#### *Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe*

Bei den Überlegungen der CDU/CSU über die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, geht es in erster Linie darum, die Bedingungen für eine Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern.

Die Arbeitslosen- und Sozialhilfe soll wieder Hilfe zur Selbsthilfe und auf dem Leistungsniveau der Sozialhilfe zusammengelegt werden. Da es vorrangig um die Reintegration in den Arbeitsmarkt geht, gilt der Grundsatz: Wer Arbeit oder eine

#### **Kontakt**

Erich G. Fritz MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. (030) 227-73111  
Fax (030) 227-76733  
erich.fritz@bundestag.de  
www.erich-fritz.de

Qualifizierungsmaßnahme gleich welcher Art (auch Mini-Jobs oder gemeinnützig) ablehnt, erhält eine pauschal um 30% gekürzte Leistung. Wer arbeitet, soll mindestens das bisherige Sozialhilfeniveau erreichen.

### ***Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung***

Im Bereich der Arbeitslosenversicherung müssen die Beiträge von derzeit 6,5% auf unter 5% gesenkt werden. Dazu ist ein Einsparvolumen von etwa 12 Mrd. Euro erforderlich, das etwa durch die Streichung ineffizienter Bereiche wie dem JUMP-Programm und den ABM-Stellen erwirtschaftet werden kann. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes soll auf 12 bzw. 18 Monate bei einer höheren Zahl an Beitragsjahren begrenzt werden. Aus Vertrauensschutzgründen und aufgrund der gegenwärtig schwierigen Arbeitsmarktlage soll für eine Übergangszeit ein maximaler Leistungsanspruch von 24 Monaten bei 40 Beitragsjahren bestehen.

### ***Kündigungsschutz***

Die CDU/CSU hält es für notwendig, das Kündigungsschutzgesetz so umzugestalten, dass es Schutz für langjährig Beschäftigte bietet, gleichzeitig aber Einstellungsbarrieren abbaut. Gerade kleinere Betriebe haben bei unsicherer Auftragslage weniger Möglichkeiten, ihr Personal umzustrukturieren. Deshalb soll bei allen Neueinstellungen und unabhängig von der Betriebsgröße dem Arbeitgeber wie dem Arbeitnehmer die Option eingeräumt werden, zu vereinbaren, dass am bisherigen Kündigungsschutz festgehalten wird oder dass der Arbeitnehmer im Falle einer betrieblich bedingten Kündigung gegen Verzicht auf den Kündigungsschutz eine gesetzlich geregelte Abfindung erhält.

Das Kündigungsschutzgesetz soll nicht für Neueinstellungen bei Unternehmen gelten, die weniger als 20 Mitarbeiter beschäftigen. Viele kleine Betriebe des Mittelstandes haben uns bereits signalisiert, dass dies für sie eine wichtige Voraussetzung für Neueinstellungen ist.

### ***Betriebliche Bündnisse für Arbeit***

Um mehr Flexibilität bei den Lohnstrukturen in Deutschland zu ermöglichen, schlagen CDU und CSU vor, dass betriebliche Bündnisse für Arbeit zur Beschäftigungssicherung oder zum Beschäftigungsabbau Abweichungen vom Tarifvertrag während der Laufzeit eines Tarifvertrages auch ohne Zustimmung der Tarifparteien vereinbaren können. Bei längerfristigen Abweichungen vom Tarifvertrag sollte eine

solche Vereinbarung mit Zustimmung der Tarifparteien möglich sein.

Die Arbeitsmarkt-Reformvorschläge der Union machen maßgeschneiderte Lösungen für die einzelnen Betriebe gerade in Krisenzeiten möglich und erhalten bzw. schaffen mehr Beschäftigung.

### ***Deutschland braucht den modernen, dynamischen, flexiblen Handwerksmeister***

Es ist nicht hinnehmbar, wenn Bundeswirtschaftsminister Clement eine Reform der Handwerksordnung (HWO) gegen das Handwerk über das Knie brechen will. Angesichts des Verlustes von über 1 Mio. Arbeitsplätzen seit 1998 und über 10 000 Betriebsaufgaben in 2002 allein beim Handwerk sind solche Schnellschüsse gefährlich.

Ursache für diese Misere ist nicht der Meisterbrief, sondern die katastrophale rot-grüne Wirtschaftspolitik, die sofort geändert werden muss, um diesen Rückgang zu stoppen. Eine inhaltliche Neuordnung der Handwerksordnung muss daher die hohe Qualität im Handwerk, die insbesondere auf dem Erwerb des Großen Befähigungsnachweises basiert, mit der Frage verbinden, wie mehr Beschäftigung, mehr Wachstum und damit mehr Chancen für einen Aufschwung in unserem Land entstehen können.

### ***Meisterbrief ist ein wesentlicher Eckpfeiler***

Für die CDU/CSU ist der Meisterbrief dabei ein wesentlicher Eckpfeiler. Klar ist aber auch, dass der Meisterbrief dynamisch, flexibel und zugleich europafest gestaltet werden muss. Niemandem ist geholfen, wenn ideenlos am Status Quo festgehalten und durch EU-Vorgaben in absehbarer Zeit die deutsche HWO insgesamt ausgehebelt wird.

Aus Sicht der Union kommt der Modernisierung der HWO für den Standort Deutschland eine zentrale Bedeutung zu. Dies gilt für vielschichtige Fragen von der Meisterprüfung und Ausbildungsfähigkeit über die Ausgestaltung des Inhaberprinzips, Existenzgründungen, die Europatauglichkeit sowie die Erleichterungen bei den Berufsanerkennungen oder den Zugang zum Hochschulwesen.

Unter der Leitung des Abgeordneten Hinsken hat die Union daher eine interne Projektgruppe mit Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und unionsgeführter Länder sowie Mitgliedern aus dem Handwerk eingerichtet, um Vorschläge zu erarbeiten, die auch über den Tag hinaus Bestand haben.

### **Bildungsniveau steigern, Betreuungsangebote ausbauen**

Der Bundesvorstand der Frauen-Union hat zehn Eckpunkte zur „Bildung und Betreuung von Kindern“ beschlossen. Die Frauen in der CDU fordern darin ein Bildungskonzept bis zum zehnten Lebensjahr von Kindern. Das Bildungsniveau soll verbessert und das Kinderbetreuungsangebot ausgebaut werden.

Frühkindliche Bildung schon im Kindergarten, kostenfreier Besuch des Kindergartens im dritten Kindergartenjahr und mehr Ganztagschulen mit neuen pädagogischen Konzepten sind die Kernforderungen. Sie finden die Eckpunkte auf der Homepage der CDU unter [www.cdu.de](http://www.cdu.de), Politik A-Z, Stichwort Familienpolitik.

### **CDU/CSU gegen Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe**

Die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe als Antwort der Bundesregierung auf die aktuelle Lehrstellenmisere ist von Grund auf falsch. Das duale System würde unterhöhlt, finanzschwächere Unternehmen entmutigt. Finanzstärkere Unternehmen könnten sich durch Zahlung einer Abstandssumme aus der Berufsausbildung ganz verabschieden. Es entstünden ausschließlich außerbetriebliche Lehrstellen, d.h. weitere Warteschleifen und Ersatzmaßnahmen ohne größere Chance auf spätere Arbeitsstellen im ersten Arbeitsmarkt.

Es müssten Quoten für fehlenden Lehrstellenbedarf festgelegt werden. Je nach Abgabenmodell müssten die Kammergesetze und/oder das Berufsbildungsgesetz mit Zustimmung der Länder geändert werden. Die Bundesanstalt für Arbeit bekäme unnötige Verwaltungsaufgaben zu Lasten ihrer Vermittlungstätigkeit.

Wenn ein Unternehmen nicht ausbildet, ist dies in der Regel kein Mangel an Ausbildungsbereitschaft. Verantwortlich hierfür ist vielmehr die schwierige wirtschaftliche Situation, in der sich die Unternehmen befinden. Eine Ausbildungsplatzabgabe wäre Gift für das wirtschaftliche Wachstum. Schon die Androhung einer weiteren Abgabe - und somit einer weiteren Belastung für die Unternehmen - ist kontraproduktiv.

Die Bundesregierung hätte längst handeln müssen, um die Ausbildungsfähigkeit und -bereitschaft der Betriebe zu fördern. Durch ihre Versäumnisse ver

antwortet sie, dass im September viele junge Menschen keinen Ausbildungsvertrag haben werden.

### **Für den Abbau von Ausbildungshemmnissen und eine Modernisierung der Ausbildungsordnungen**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, den Weg zur Sicherung eines ausreichenden Lehrstellenangebotes und zur Stärkung des ersten Ausbildungsstellenmarktes über den Abbau von Ausbildungshemmnissen, über eine Modernisierung der Ausbildungsordnungen, über eine wachstumsorientierte Steuer- und Finanzpolitik sowie über eine Senkung der Lohnnebenkosten zu suchen. Ein erster Schritt wäre es, die Mittel des erfolglosen JUMP-Programms in Höhe von 1 Mrd. Euro direkt zur Senkung von Lohnnebenkosten einzusetzen, um insbesondere ausbildende Betriebe zu entlasten.

### **Verbraucherpolitik ist eine Querschnittsaufgabe**

Verbraucherpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche des wirtschaftlichen, rechtlichen und gesundheitlichen Verbraucherschutzes erfasst.

Im Rahmen der Verbraucherschutzdebatte hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Antrag „Bessere Verbraucherinformation bei Lebensmitteln, Produkten und Dienstleistungen“ vorgelegt, in dem die Wirtschaftlichkeit und der Dirigismus rot-grüner Politik kritisiert und für eine an Eigenverantwortung und Markttransparenz orientierte Verbraucherschutzpolitik geworben wird. Die Union fordert darin konkret eine Verbesserung der Verbraucherinformation in den fünf Säulen Kennzeichnung, Unternehmensauskünfte, behördliche Empfehlungen und Warnungen, Zugang zu Behördeninformation und unabhängige Verbraucherberatung.

Im Bereich der Telekommunikation etwa setzt sich die Union für eine schärfere Bekämpfung des Missbrauchs von sogenannten Mehrwertdiensternummern ein. Die CDU/CSU geht dabei über den Gesetzentwurf der Bundesregierung hinaus, der nur die 0190/0900er-Rufnummern umfaßt und fordert die Ausweitung auch auf andere Nummern wie z.B. 0137 oder 0193. Nur so kann eine Verlagerung des Missbrauchs auf diese Nummern vermieden werden. Zudem strebt die CDU/CSU einen Schutz der Verbraucher gegen unverlangte Faxwerbung und Spam-Mails an.

### Rot-grün mit Haushaltspolitik gescheitert

Die rot-grüne Mehrheit hat es im Bundestag abgelehnt, mit einem Haushaltssicherungsgesetz die Staatsausgaben wieder in den Griff zu bekommen.

Obwohl Bundeskanzler Schröder auf einer SPD-Regionalkonferenz am 21.5.2003 Zahlen des Finanzministers bestätigt hatte, wonach die Neuverschuldung in diesem Jahr mit 40 Milliarden Euro voraussichtlich doppelt so hoch ausfallen werde wie geplant, haben sich die Regierungskoalitionen geweigert, im Bundestag über die Situation und die notwendiger Weise zu ergreifenden Maßnahmen zu diskutieren.

Deutschland befindet sich seit drei Jahren auf wirtschaftlicher Talfahrt. Negativrekorde bestimmen die aktuelle Finanz- und Haushaltspolitik. 2003 wird das Jahr der höchsten Nettokreditaufnahme, der höchsten Arbeitslosigkeit, des höchsten Zuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit, der höchsten Ausgaben sowie des höchsten Schuldenstandes seit 1949.

An erster Stelle gilt es daher, bei den Unternehmen und den Bürgern wieder Vertrauen zu schaffen. Dazu sind aus Sicht der CDU/CSU folgende klare Entscheidungen notwendig:

- ein Kassensturz mit ehrlichen Zahlen,
- eine Haushaltssperre
- ein Nachtragshaushalt und
- ein Haushaltsstrukturgesetz, da es mit der Beschränkung auf nicht-gesetzliche Leistungen bei Einsparungen nicht mehr getan ist.

### Online-Aktion

[www.wenigerbuerokratie.de](http://www.wenigerbuerokratie.de)

Auf meiner Internetseite [www.erich-fritz.de](http://www.erich-fritz.de) finden Sie einen Aktions-Button zum Thema „Bürokratieabbau“. Gemäß dem Motto „Freiheit wagen - Bürokratie abbauen“ können die Bürgerinnen und Bürger dort ihren Bürokratiefrust loswerden und Verbesserungen vorschlagen.

Die Aktion erfolgt vor dem Hintergrund, dass Rot-Grün seit 1998 keinen Erfolg gegen die erstickende Bürokratie in Deutschland erzielt. Im Oktober 2002 wettete Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungsansprache zwar erneut gegen die bürokratischen Missstände in unserem Land. Seitdem ist es um dieses Thema aber wieder ruhig geworden. Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger, da sie die Probleme alltäglich zu spüren bekommen.

Das soll sich nun mit der unter der Leitung von Herrn Dr. Michael Fuchs MdB stehenden Arbeitsgruppe „Bürokratieabbau“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ändern. Ziel ist es, der Gesetzes- und Verordnungsflut in Deutschland Herr zu werden und Wirtschaftshemmnisse abzubauen. Die CDU/CSU wird alle Vorschläge auswerten und daraus Initiativen ableiten.

### Fritz plädiert für eine effektivere Außenwirtschaftsförderung

In einem Pressegespräch in Berlin hat Erich G. Fritz MdB „25 Aktionspunkte zur Neustrukturierung der Außenwirtschaftsförderung“ vorgestellt. Angesichts der Bedeutung der Außenwirtschaft als Konjunkturmotor müssen in der Außenwirtschaftspolitik künftig alle Maßnahmen Priorität haben, die die Außenwirtschaftsförderung effektiver und vor allem dem Mittelstand den Zugang zu Auslandsmärkten leichter möglich machen. Nur so können Unternehmen den notwendigen Beitrag zu Schaffung und Sicherung von mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland leisten.

### Raimar Wagner aus Rumänien: Teilnehmer des Internationalen Parlaments Praktikums (IPP)

Von März bis Ende Juli absolvieren 92 internationale Stipendiaten ein Parlamentspraktikum beim Deutschen Bundestag. Mit den Internationalen Parlamentspraktika „IPP 2003“ erhalten junge Akademiker aus den USA, Frankreich sowie Mittel- und Osteuropa die Gelegenheit, das parlamentarische Leben Deutschlands kennen zu lernen. Der Bundestag führt das Programm seit 1999 in Zusammenarbeit mit der Berliner Humboldt-Universität durch.

Gast im Berliner Büro von Herrn Fritz ist Herr Raimar Wagner. Er lebt in Hermannstadt und arbeitet als Redakteur der Allgemeinen Deutschen Zeitung für Rumänien, dem Sprachrohr der rumäniendeutschen Bevölkerung.

### Zitat der Woche

"Die Rücktrittsdrohungen des Kanzlers sind ja derart inflationär, dass man sie schon fast als Begrüßungsformel unter führenden Genossen zur Kenntnis nimmt."

(Niels Annen, Chef der Jungsozialisten und Mitglied des SPD-Bundesvorstands zur jüngsten Rücktrittsdrohung von Kanzler Gerhard Schröder, Ostseezeitung, 21. Mai)

Redaktionsschluss: 23.05.2003